

## Der internationale Freihandel und seine Feinde

### *Von der Schädlichkeit demokratischer Populisten*

Ist Ihnen schon aufgefallen, dass am Wohl der autochthonen Bürger des eigenen Landes orientierte Politiker gerne routinemäßig als „*Rechtspopulisten*“ gebrandmarkt werden, während Linke ohne weiteres Gratiskindergärten und -Universitätsstudien, Frühpensionierungen und „bedingungslose Grundeinkommen“ für alle versprechen dürfen, und deshalb als vorbildliche *Demokraten* gelten? Seltsam, oder? Nassim Taleb, der Autor des Bestsellers „*Der Schwarze Schwan*“ kommentierte kürzlich launig, dass ihm der Unterschied zwischen Demokratie und Populismus bislang von niemandem plausibel erklärt werden konnte. In der Tat handelt es sich dabei um ein Rätsel, das der Lösung harrt und hoffentlich demnächst (vermutlich von einer – nona – *linken* Politikwissenschaftler\*in) gelöst werden wird.

Was indes den internationalen Freihandel betrifft, sind Linke und Rechte (Demokraten/Populisten) in ihrer Ablehnung eines Sinnes – wenn auch aus durchaus unterschiedlichen Gründen. Sehen böse Populisten primär die Arbeitsplätze im eigenen Land durch schrankenlosen Freihandel gefährdet (wie z. B. Gottseibeiuns Donald Trump), wälzen sich edle Demokraten, wie die Aktivisten von Attac, Caritas, Grünen, Diakonie & Genossen, wegen der behaupteten Ausbeutung von Arbeitskräften in Entwicklungsländern schlaflos in ihren Betten.

Von beiden Gruppen werden jedenfalls Handelshemmnisse – unter welcher Bezeichnung auch immer errichtet (am besten mittels Importzöllen, die sich seit Jahrhunderten bestens bewähren) – als segensreich gepriesen.

Wer aber gewinnt tatsächlich, wenn Regierungen und Bürokraten es unternehmen, sich in die Vertragsgestaltung zwischen Handelspartnern verschiedener Länder einzumischen? Wer profitiert denn etwa davon, wenn heimische Konsumenten keine Billigbekleidung aus Fernost mehr zu kaufen bekommen, weil die hierzulande ansässige Textilindustrie geschützt werden soll? Die Arbeiterin in Fernost, die nach Verlust ihres Arbeitsplatzes in einem ausbeuterischen „*Sweatshop*“ anschaffen gehen muss, wohl eher nicht. Die inländischen Bezieher kleiner Einkommen, die sehr genau auf ihre Ausgaben achten müssen, ebenso wenig.

Am Ende sind es daher ausschließlich die Eigentümer einschlägiger Fabriken im Inland und deren Mitarbeiter, die von Handelsschranken profitieren - und natürlich jene Politesperados, die sich für diesen zynischen Coup auch noch als Anwälte der proletarischen Massen und Bewahrer des Abendlandes feiern lassen.

Die Konsequenz von Handelshemmnissen ist immer die gleiche: Dem Nutzen für die Hersteller bestimmter Produkte, einen geschützten Markt mit teuren, weil von ausländischer Konkurrenz verschont, bedienen zu können, steht der Schaden aller anderen Bürger gegenüber, deren Auswahlmöglichkeit und Kaufkraft dadurch reduziert wird. So kann sich zwar der mittels Importzöllen vor ausländischer Konkurrenz beschützte Stahlkocher die Hände reiben, aber jeder Käufer von stählernen Halbzeugen und Fertigwaren ist dafür genötigt, höhere Preise zu bezahlen und verliert dadurch selbst an Wettbewerbsfähigkeit und/oder freier Kaufkraft. Der Nettosaldo ist jedenfalls stets negativ.

Der französische Pamphletist Frédéric Bastiat hat diesen Umstand bereits in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts in seiner Schrift „*Die Petition der Kerzenmacher*“ <http://bastiat.de/bastiat/schriften/petition.html> auf kurzweilige Weise aufs Korn genommen. Spätestens seit dem Erscheinen von Adam Smiths „*Wealth of Nations*“, sollte auch der Dümme begriffen haben, dass Arbeitsteilung stets segensreiche Wirkung entfaltet.

Wer aber Arbeitsteilung gutheißt und folglich den „Freihandel“ zwischen Wien und St. Pölten nicht für anstößig hält, wird schwerlich einigermaßen plausible Gründe dafür finden, den Warenverkehr zwischen Wien und Schanghai oder Sidney zu unterbinden.

Selbstverständlich sind unterschiedliche geographische und klimatische Bedingungen, Entwicklungsniveaus, politische Systeme und Lohn- oder Sozialstandards von großem Einfluss auf die Produktionskosten in verschiedenen Ländern. Würden überall exakt gleiche Bedingungen und Produktionsvoraussetzungen herrschen, gäbe es auch kaum Nachfrage nach Importprodukten. Wollten wir allerdings auf eine Welt warten, in der alle Unterschiede von größenwahnsinnigen Politruks eingeebnet wurden, würden Europäer vermutlich niemals südamerikanische Bananen essen oder neuseeländischen Wein trinken und Amerikaner niemals koreanische Autos fahren. Wem genau würde es nutzen, wenn es so wäre?

Den Jean Ziegler und Christian Felbers dieser Welt sei schließlich ins Stammbuch geschrieben: Erst die wirtschaftliche Globalisierung hat den Ärmsten der Armen in den Entwicklungs- und Schwellenländern einen Wohlstandszuwachs gebracht, der ohne sie niemals möglich gewesen wäre. Niemals zuvor mussten – trotz eines in der Dritten Welt gewaltigen Bevölkerungszuwachses – eine geringere Zahl von Menschen auf diesem Globus mit weniger als zwei Dollar pro Tag auskommen.

Fazit: Populismus oder Demokratie bringen in Wirtschaftsfragen niemals etwas Gutes – jedenfalls nicht denjenigen, die sich keine kostenintensive Lobbyarbeit leisten können.

[a.toegel@atomed.at](mailto:a.toegel@atomed.at)